

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
VII / 2000

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1999
- MUSICA PRO PACE 1999
- BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:

*Friedlicher Wandel
im Osten Europas?*

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Mohssen Massarrat, Osnabrück

Der NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien

Lehren für eine pazifistische Perspektive
und eine europäische Friedenspolitik

Der NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), geführt von Ende März bis Anfang Juni 1999 unter aktiver Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland, war ein Ereignis von gravierender Bedeutung. Die Folgen dieses Krieges für die Menschenrechte und die internationalen Beziehungen im soeben begonnenen 21. Jahrhundert sind unabsehbar. Für die NATO und die Befürworter des Krieges handelte es sich um eine »humanitäre Intervention«. Die pazifistischen Kriegsgegner bezweifelten die offizielle Begründung für den Krieg und unterstellten der NATO und vor allem den USA, die Brutalität des *Milošević*-Systems für eigene Ziele zu instrumentalisieren. Welche dieser beiden, sich grundsätzlich widersprechenden Darstellungen liegen näher bei der Wahrheit – die der NATO oder die der pazifistischen Kriegsgegner? Welche Lehren sind aus diesem Krieg für die Zukunft, für eine pazifistische Perspektive und eine europäische Friedenspolitik zu formulieren? Gibt es Handlungsspielräume und Schritte für eine Perspektive jenseits des sicherheitspolitischen und militärischen Denkens? Diese und andere Fragen sind Gegenstand des folgenden Beitrags.

I. Ein Jahr danach ... — Das Ergebnis des NATO-Krieges gegen die BRJ fasst der serbische Oppositionsführer *Zoran Djindjić* wie folgt zusammen:

»Die NATO hat mit ihrem Bombardement in Serbien nichts erreicht. Pläne des Regimes für die massenhafte Vertreibung von Kosovo-Albanern mögen schon vorher ausgearbeitet gewesen sein. Eine Tatsache ist aber, dass die Pläne erst nach dem Beginn der Bombenangriffe verwirklicht worden sind. Was Kosovo als Anlass für das Bombardement angeht, ist die Situation dort heute schlimmer, als sie vor dem Einmarsch der NATO gewesen ist. Vor dem Krieg war eine normale multiethnische, multikulturelle Gesellschaft im Kosovo wenigstens noch vorstellbar, heute kann man nicht einmal mehr darauf hoffen.«¹

Der serbische Journalist *Andrej Ivanji* kommt zu einem ähnlichen Urteil: »Die militärischen, politischen und moralischen Ziele sind allesamt verfehlt worden«. Slobodan Milošević, so stellte Ivanji ein Jahr nach Kriegsbeginn fest,

»[...] sitzt immer noch fest im Sattel, nicht zuletzt dank des Bombardements. Endlich konnte Milošević seinem Volk den ›Beweis‹ erbringen, dass die von seinem Regime geschürten Xenophobien und imaginären Ängste begründet sind. Viele, vor allem junge Menschen, die sich nach westlicher Demokratie sehnten, haben den Glauben an Europa und europäische zivilisatorische Maßstäbe verloren. Die Kluft zwischen Serbien und Europa ist noch tiefer geworden«.²

Wie sollten aber angesichts der Zerstörung ihrer Versorgungssysteme (Wasser, Strom, Grundnahrungsmittel) diese Menschen danach trachten, ein diktatorisches System loszuwerden, in dem sie ihre einzige Hoffnung sehen mussten, in den nächsten Jahren über die Runden zu kommen? Miloševićs System wurde, so gesehen, durch den NATO-Krieg gestärkt und unabkömmlich gemacht, und die serbische Opposition ist dramatisch geschwächt.

Der serbisch-kosovarische Konflikt trat 1998 in eine neue Phase. Dem Krieg der NATO gegen die BRJ ging die brutale Vertreibung von ca. 200.000 Kosovaren voraus, die durch die Aktionen der UČK ausgelöst wurde. Etwa 2.000 Menschen, in der Mehrzahl Kosovo-Albaner, wurden Opfer dieses erbitterten Kampfes. Am 24. März 1999 hatte die NATO mit den Luftangriffen begonnen. In 79 Kriegstagen zerstörte sie nach vorläufigem Informationsstand bei über 30.000 Luftangriffen in Serbien und im Kosovo 200 Fabriken, 190 Schulen, 50 Krankenhäuser, 50 Brücken, 5 Zivilflughäfen sowie zahlreiche Agrarbetriebe und Wohnhäuser. Nachweislich vertrieben die Serben erst nach dem Beginn des NATO-Bombardements in wenigen Wochen auf brutalste Weise 860.000 Kosovo-Albaner aus ihrer Heimat. Mehrere Tausend Zivilisten wurden getötet, darunter schätzungsweise 5.000 in Serbien als Folge der NATO-Luftangriffe und weitere Tausende durch die serbische Armee. Die UN und das Rote Kreuz zählten im Kosovo ca. 7.000 Verwundete. Die gesamten Kosten der Kriegführung – allein ca. 30 Mrd. US-Dollar – und die der Kriegszerstörungen werden auf über 100 Mrd. US-Dollar geschätzt. Die Wirtschaft beider Regionen ist um Jahre zurückgeworfen, die Umweltschäden sind unermesslich.³ Die serbische Armee wurde nach übereinstimmenden Angaben militärisch nicht besiegt. Nahezu die gesamte serbische Militärmacht – 250 Kampfpanzer, 450 Panzerwagen, 800 Artillerie-Systeme sowie 47.000 serbische Soldaten – konnte nach dem Kriegsende unbeschadet aus dem Kosovo abgezogen werden.

Und im Kosovo? Über eine Million Kosovaren kehrten dorthin zurück, wobei 860.000 von ihnen ohne den NATO-Krieg möglicherweise gar nicht

vertrieben worden wären. Sie schritten nun ihrerseits zu »ethnischen Säuberungen«: schätzungsweise über 100.000 Serben mussten nach Serbien flüchten. Gesellschaftliche Kräfte für gewaltfreie Lösungen – verbunden mit dem Namen des gewählten, früheren politischen Oberhauptes der Kosovo-Albaner, *Ibrahim Rugova* – sind seither weitgehend zurückgedrängt, militant nationalistische Kräfte wie die *UČK* erhielten dank militärischer Kooperation mit der NATO Rückenwind. Ein friedliches Zusammenleben von Kosovaren und Serben ist heute schwieriger denn je; Begriffe wie ›Gemeinsamkeit‹ und ›Dialog‹ wagt niemand mehr in den Mund zu nehmen.⁴ Nach übereinstimmender Einschätzung maßgeblicher Friedensforschungsinstitute ist der Frieden in der Region insgesamt weiter entfernt als vor dem Beginn der NATO-Luftangriffe. Der Schaden des Krieges ist auch für die Weltpolitik immens. Die NATO hat durch die Selbstmandatierung die UNO (nach dem Bosnienkrieg) ein weiteres Mal geschwächt, alle Großmächte werden sich künftig legitimiert sehen, ihre vermeintlichen Feinde gewaltsam zu liquidieren, ohne Sanktionen der Weltgemeinschaft befürchten zu müssen, und das Faustrecht sowie das ›nationale Interesse‹ an die Stelle des Völkerrechts zu setzen. So begnügten sich die NATO-Staaten mit lediglich symbolischen Protesten gegen den *Tschetschenien-Feldzug* der russischen Armee oder unterstützten gar die russische Position.⁵ So gesehen wurden Menschenrechte diskreditiert und das Völkerrecht aus den Angeln gehoben.

Die Rechnung »Frieden durch Krieg, Menschenrechte durch Gewalt« musste im Desaster enden. Die Verhinderung eines Kriegsverbrechens durch ein anderes Kriegsverbrechen rächt sich nun durch Unfrieden, Chaos und Perspektivlosigkeit für Millionen Menschen. Dieser katastrophalen Negativbilanz für die Menschen und für die Perspektive des Friedens in der Balkanregion steht folgende »Positivbilanz« für andere gegenüber:

- Die militant nationalistischen Kräfte in Serbien wie im Kosovo wurden gestärkt.
- Die NATO und vor allem die USA steigerten ihr Ansehen in Osteuropa beträchtlich und sind nun auf dem südlichen Balkan geostrategisch präsent; sie können von hier aus einen militärischen und politischen Brückenkopf zu Zentralasien und zum Persischen Golf aufbauen.⁶
- Die britisch-amerikanische Allianz hat ihre Position gegenüber Kontinentaleuropa (der Eurozone) gestärkt, und schließlich
- erhielt der militärindustrielle Komplex neuen Auftrieb.

II. »Verantwortungsethische« *Kriegsrechtfertigung und pazifistische Schlussfolgerungen* – Im Unterschied zum Golfkrieg 1990 und zum Bosnienkrieg 1995 stützte sich der NATO-Krieg gegen Jugoslawien auf eine breite öffentliche Zustimmung auch in der Bundesrepublik Deutschland. Nicht nur verteidigte die ›Friedenspartei‹ *Bündnis 90/Die Grünen*, nunmehr in der Regie-

rungsverantwortung, den Krieg offensiv. Auch Politiker, Schriftsteller, Wissenschaftler und Kirchenvertreter mit moralischem Gewicht wie *Erhard Eppler*, *Jürgen Habermas*, *Ulrich Beck* oder *Günter Grass*, die militärische Gewalt als Mittel der Konfliktlösung grundsätzlich skeptisch beurteilen, meinten im Fall Kosovo keinen anderen Ausweg zu sehen, als ›für Humanität und gegen Bestialität‹ (Habermas) einzutreten.⁷ Aus meiner Sicht gab diese ›verantwortungsethische‹ Argumentation letztlich den Ausschlag für eine breite öffentliche Zustimmung zum NATO-Krieg. Alle sachlich überzeugenden und realitätsnahen pazifistischen Argumente gegen den Krieg stießen auf taube Ohren oder verpufften unter dem vorherrschenden bellizistischen Geist. Möglicherweise fühlen sich viele Menschen, die seinerzeit aus humanitären Gründen dem NATO-Krieg zustimmten, inzwischen auf Grund verheerender Kriegsfolgen betrogen und hinter Licht geführt. Gleichwohl kann eine Situation wie die vor Beginn des NATO-Krieges gegen Jugoslawien, in der verantwortungsethische Überzeugungen zu Kriegszwecken instrumentalisiert werden, um dem Krieg ein humanitäres Antlitz zu verleihen, auch künftig immer wieder eintreten. Diese Gefahr ist m.E. solange virulent, wie Pazifisten die strittige Kernfrage verdrängen, ob es tatsächlich den äußersten Notfall geben kann, in dem auch Radikalpazifisten (im Unterschied zu ›Gesinnungs‹-Pazifisten) den Einsatz militärischer Gewalt befürworten müssen. Bisher wurde diese abstrakte, aber vor dem Hintergrund des *Holocausts* immens wichtige Frage aus Angst, aktuell in den bellizistischen Strudel gezogen zu werden und die eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen, umschifft bzw. defensiv behandelt. Diese defensive Haltung hat den bellizistischen Handlungsspielraum erst recht erweitert, jeden Konfliktfall in der Welt als ›äußersten Notfall‹ zu deklarieren und Pazifisten in ›verantwortungsethische‹ und ›gesinnungsethische‹ auseinander zu dividieren. Der seit mehreren Jahren schwelende und bisher ungeklärte Streit über diese Kernfrage innerhalb von *Pax Christi*, der auch symptomatisch für die zermürbenden Debatten innerhalb der gesamten Friedensbewegung ist, ist ein Beleg für die Selbstmarginalisierung der Pazifisten. Nur eine ehrliche und offensive Auseinandersetzung in dieser Kernfrage dürfte dazu beitragen, die eigene Unsicherheit zu überwinden und in künftigen Konfliktfällen den bellizistischen ›Spaltpilz‹ abzuwehren.⁸ Pazifisten haben sich bisher damit begnügt, *ex post* Recht gehabt zu haben. Es muss jedoch darauf ankommen, schon im Vorfeld die humanitären Schleier militärischer Interventionen zu lüften, eine kulturelle Hegemonie des Bellizismus zu verhindern und damit den Kriegstreibern die politische Legitimation zu entreißen. In diesem Sinne aus dem NATO-Krieg gegen die BRJ pazifistische Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen, heißt zuallererst, das Zusammenspiel zwischen der NATO und der ›verantwortungsethischen‹ Kriegsrechtfertigung jener kulturell einflussreichen Strömung von moralischem Gewicht genauer unter die Lupe zu nehmen.

a. *Verantwortungsethische Schleier der Verantwortungslosigkeit* — In seinem Beitrag *Über den postnationalen Krieg* charakterisierte Ulrich Beck den NATO-Krieg positiv als Ausdruck einer historischen Wende im »Übergang von einer nationalstaatlichen zu einer kosmopolitischen Weltordnung, [die] sich daher als ein tiefgreifender Prioritätenwechsel zwischen Völkerrecht und Menschenrecht begreifen [lässt]«. Auch Jürgen Habermas rechtfertigt den NATO-Krieg in seinem Beitrag *Bestialität und Humanität – Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral*, indem er ihm trotz der Mahnung, »die Selbstermächtigung der NATO darf nicht zum Regelfall werden«, menschenrechtlich universale Bedeutung zukommen lässt:

»Unter Prämissen der Menschenrechtspolitik soll dieser Eingriff nun als eine bewaffnete, aber von der Völkergemeinschaft (auch ohne UN-Mandat stillschweigend) autorisierte, Frieden schaffende Mission verstanden werden. Nach dieser westlichen Interpretation könnte der Kosovo-Krieg einen Sprung auf dem Wege des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft bedeuten.«⁹

Weniger offen, jedoch um so subtiler formuliert Dieter Senghaas, einer der renommiertesten Friedensforscher in der Bundesrepublik Deutschland, eine völkerrechtliche Legitimation des NATO-Krieges gegen die BRJ. In seinem Beitrag *Recht auf Nothilfe* in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12. Juli 1999 entwickelt Senghaas eine abstrakt völkerrechtliche Begründung für das Gebot militärischer Intervention, sofern ein Notfall eingetreten ist. Das Verbot des Angriffskrieges ist nach Senghaas nicht der einzige Inhalt zwingenden Rechts. Das Völkerrecht kenne weitere zwingende Normen. Dazu gehörten auch »das Verbot des Völkermords, des Sklavenhandels, der Rassendiskriminierung, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit [...]«. Senghaas zufolge ist eine militärische Intervention moralisch und rechtlich »nicht nur erlaubt, sondern regelrecht geboten, um den Opfern völkerrechtlich gravierender Delikte beizustehen«, wenn »Staaten sich als Schurkenstaaten verhalten und gegen die wenigen, aber elementaren Verpflichtungen [...] verstoßen und solange der Sicherheitsrat in seiner jetzigen Verfasstheit und Zusammensetzung seine Aufgabe nicht wahrnimmt.«¹⁰

Charakteristisches gemeinsames Merkmal der hier dargestellten, den NATO-Krieg rechtfertigenden Argumentationsmuster ist, dass dabei den NATO-Behauptungen blindlings Glauben geschenkt und sie kritiklos und epigonenhaft übernommen werden. Sie suggerieren eine »Entscheidungsschlacht« zwischen Faschismus und Demokratie, zwischen Zivilisation und Barbarei. Besonders ärgerlich dabei ist die Gleichsetzung von Zivilisation mit der NATO und dieser mit der Staatengemeinschaft. Nicht nur Russland und China, sondern mehr als vier Fünftel aller Staaten, die nicht gefragt worden

waren, ob auch sie einen Krieg der NATO gegen die BRJ befürworteten, gehören nach dieser Logik nicht der Staatengemeinschaft an. Mögliche geostrategische Eigeninteressen der USA und der NATO und Interessen des gigantischen *Militärisch-Industriellen Komplexes* (MIK) euroamerikanischer Herkunft an militärischen Interventionen wurden bei diesem Argumentationsmuster nicht in Betracht gezogen. Erst recht schlossen die zitierten ›Verantwortungsethiker‹ aus, es könnte sich bei dem ›äußersten Notfall‹, der vor dem Kriegsbeginn im März 1999 eingetreten sein soll und der die ›westliche Zivilisation und die Völkergemeinschaft‹ zu der einzig möglichen Alternative einer ›humanitären Intervention‹ nötigte, um eine medial gestützte, perfekte Inszenierung gehandelt haben.

b. Inszenierung des menschenrechtlichen Notfalls — Ein Jahr nach Kriegsbeginn erhärten zahlreiche Indizien den schon immer durch Pazifisten und andere Kritiker geäußerten Verdacht, dass die NATO die durch Milošević verursachte Gewalteskalation im Kosovo zum Anlass nahm, um auf einen Krieg gegen die BRJ zuzusteuern, und dass ein einmaliges Zusammenspiel unterschiedlicher Interessen der angloamerikanischen Allianz, der NATO-Strategen, des MIK und einflussreicher Medien international das politisch-kulturelle Umfeld für die Durchsetzung der Kriegsalternative vorbereitete. Retrospektiv lassen sich folgende *Elemente der Inszenierung* benennen:

Erstens die »Friss oder stirb«-Taktik der NATO-Vertragsunterhändler, die sich schließlich im Diktat von Rambouillet äußerst wirksam niedergeschlagen hat. In »Annex B« dieses Vertragswerkes wurden buchstäblich in letzter Minute kapitulationsähnliche Bedingungen aufgenommen, die weder von der serbischen Opposition noch von irgend einem anderen Staat dieser Erde hätten akzeptiert werden können.¹¹ NATO-Vertragsunterhändler, allen voran das britisch-amerikanische Verhandlungsteam, erweckten in der Öffentlichkeit den Eindruck, nichtmilitärische Möglichkeiten auszuloten, setzten in Wahrheit jedoch alles daran, um eine friedliche Regelung im Endeffekt zu torpedieren. Dabei wurde nicht nur der Gegner vor vollendete Tatsachen gestellt und den Medien, den Parlamenten und sogar den verantwortlichen Ministern der NATO-Staaten wichtige Informationen vorenthalten bzw. erst dem Kriegsbeginn zugänglich gemacht.¹² Einkalkuliert wurde auch die serbische Reaktion der systematischen Vertreibung der Kosovo-Albaner, die erst nach Beginn des Krieges eskalierte. Der kommandierende US- und NATO-General *Wesley Clark* gestand kurz nach dem Beginn der Bombardierungen vor der Presse, es sei »absolut voraussehbar«, dass sich damit der serbische Terror verstärken würde. Kurz darauf erklärte er: »Die militärischen Stellen haben in vollem Umfang die niederträchtige Strategie antizipiert, die Milošević einschlagen würde, und ebenso die schreckliche Effizienz, mit der er sie durchziehen würde«. Später erklärte Clark explizit: Die geplante NATO-Operation war »von der politischen Führung nicht als ein Mittel zur Beendi-

gung der ethnischen Säuberung durch die Serben gedacht«. ¹³ Dafür, dass die Behauptung der NATO, Milošević habe beabsichtigt, einen serbischen Plan zur ethnischen Säuberung (den »Hufeisenplan«) im Kosovo auf jeden Fall durchzuführen, in der öffentlichen Meinung den Stellenwert einer Tatsache erhielt, sorgte das *Feindbild Milošević*, das, wie unten näher dargestellt, schon lange vor dem Kriegsbeginn erzeugt worden war. ¹⁴

Dass für die US-Regierung die Marschroute lange vor der Zuspitzung des Kosovo-Konfliktes Ende 1998/99 beschlossene Sache war, belegt das von der deutschen Botschaft in Washington aufgezeichnete Protokoll eines Gespräches zwischen dem US-Präsidenten *Clinton*, der Außenministerin *Albright* und dem damaligen SPD-Kanzlerkandidaten *Schröder* am 4. August 1998, in dem dieser der US-Regierung die Unterstützung Deutschlands im Falle eines NATO-Krieges unter einer von ihm geführten Regierung zusicherte, gleichzeitig aber den Wunsch äußerte, vorher einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates einzuholen. Daraufhin erklärte Mrs. Albright, »dies komme nicht in Frage, die UNO sei hierfür nicht zu gebrauchen«. ¹⁵ Es ist nicht auszuschließen, dass die Regierungen der übrigen NATO-Staaten, auch die rot-grüne Bundesregierung, selbst Opfer der anglo-amerikanischen Inszenierung geworden sind.

Nach dem Massaker von *Radcaj* und dem Scheitern des Holbrooke-Milošević-Waffenstillstandsabkommens wollten die Amerikaner »sofort auf der Basis des noch gültigen *act ord*¹⁶ mit der Bombardierung der Volksrepublik Jugoslawien beginnen«, schrieb der Grünen-Staatsminister im Auswärtigen Amt, *Ludger Volmer*, zwei Tage nach Beginn des NATO-Bombardements. Dabei, so Volmer, erwarteten die Amerikaner »die Beteiligung der anderen NATO-Staaten, auch Deutschlands«.

»Es waren der grüne Außenminister Joschka Fischer und die Beamten des AA, die mit großem persönlichen Einsatz die anderen Außenminister dazu bewegten, statt einer schnellen Bombardierung den Verhandlungsprozess von Rambouillet zu organisieren«. ¹⁷

Offensichtlich ließ sich die britisch-amerikanische Seite auf das »Zugeständnis« Rambouillet ein, um dann durch »Annex B« – wie es auch tatsächlich geschehen ist – mit dem »Friss oder stirb«-Diktat das abermalige Scheitern der Verhandlungen Milošević anzulasten. Volmer schrieb: ¹⁸

»Während des Verhandlungsprozesses wurde deutlich, dass die serbische Seite absolut kein Interesse an der friedlichen Lösung hatte. Die grüne Vorstellung, mit Verhandlungen und auf friedlichem Wege auch die schwierigsten Konflikte lösen zu können, brach sich am Charakter Miloševićs. [...] Wir hatten, um den Rambouillet-Prozess in Gang zu bringen, die sofortige Anwendung von ›act ord‹ zugestanden. [...] [Jetzt] war der Preis zu zahlen«.

Man mag die Naivität der grünen Außenpolitik und die Selbsttäuschung über die wahren Absichten der britisch-amerikanischen Allianz, die die deutsch-europäische Außenpolitik in die Sackgasse von Rambouillet führte, angesichts des ohnehin geringen Handlungsspielraums gerade noch entschuldigen. Unverzeihlich ist jedoch, den »Annex B« als »normalen Vorgang« zu rechtfertigen und darüber hinaus mit der »Keule« von »Nie wieder Auschwitz!« in die Offensive zu gehen und zu verschleiern, keineswegs alle denkbaren Möglichkeiten der friedlichen Regelung des Kosovo-Konflikts ausgeschöpft zu haben und so zum Vollstrecker britisch-amerikanischer Kriegsstrategie geworden zu sein. Wäre es im Interesse eigener Identität und einer langfristigen europäischen Friedensperspektive nicht glaubwürdiger gewesen, anstatt Menschenrechte zu instrumentalisieren und zu diskreditieren, die eigene reale Schwäche, den Krieg nicht verhindern zu können, einzugestehen, um den Krieg so rasch wie möglich zu beenden und auf der Basis einer politisch-moralisch stärkeren Position eine eigenständige nicht-militärische Friedens- und Außenpolitik für Europa zu formulieren?

Zweites Element der Inszenierung war die seit 1992 in Gang gesetzte psychologische Kriegsvorbereitung. Nach Erledigung des »Feinbildes Kommunismus« bot sich Slobodan Milošević neben *Saddam Hussein* für ein neues, fruchtbar zu machendes Feindbild an. *James Harff*, Chef der amerikanischen PR-Agentur *Ruder Finn*, rühmte sich im französischen Fernsehen unlängst, dazu einen kostenintensiven Werbefeldzug geführt zu haben. Seine Agentur habe u.a. mit weltweit ausgestrahlten TV-Spots die Serben mit den Nazis gleichgesetzt, dabei auch einflussreiche jüdische Organisationen in den USA »überlistet«. Es sei gelungen, Begriffe wie »ethnische Säuberung« und »Auschwitz« im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.¹⁹ Tatsächlich trug die Gleichsetzung von Milošević mit Hitler, der Serben mit den Nazis und des Kosovo mit Auschwitz vor allem im vorbelasteten Deutschland erheblich zu emotionsbeladenen und irreführenden Manövern bei. Durch aktive Teilnahme an dem psychologischen Propagandafeldzug setzten sich Außenminister *Fischer* und Verteidigungsminister *Scharping*²⁰ selbst unter Zugzwang, tagtäglich höchstpersönlich die »Entdeckung« neuer Massengräber und Konzentrationslager im Kosovo zu präsentieren.²¹ Jeder Tote sei ein Toter zuviel, und die Verantwortlichen, ob Milošević oder andere, müssten wegen nachgewiesener Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Vorwurf des Völkermordes an den Kosovaren durch die Serben, womit die NATO ihren Angriffskrieg gegen die BRJ rechtfertigte, konnte jedoch bis heute durch keine völkerrechtlich zuständige Instanz einwandfrei bestätigt werden.²²

Jüngste Berichte des ARD-Politmagazins *Panorama* werfen ein neues Licht auf das vermeintlich durch Serben an der kosovo-albanischen Zivilbevölkerung verübte Massaker am 29. Januar 1999 in *Rogovo*, das Verteidigungsminister Scharping stets als Beleg für die »humanitäre Katastrophe« anführte:

»Knapp zwei Monate vor Kriegsbeginn gehen die Leichenbilder um die Welt. Allgemeines Entsetzen: 23 tote Albaner nebeneinander. Für Scharping ist klar: ein Massaker der Serben. [...] Beim NATO-Gipfel in Washington präsentiert der Minister seine Beweise. Und tatsächlich: Viele Leichen nebeneinander, wie nach einem Massaker. [...] ›Wir haben sehr gut recherchiert und uns Bildmaterial besorgt, das OSZE-Mitarbeiter am Morgen gemacht haben, zwischen sieben und acht Uhr, behauptete Scharping. ›Es war nicht so«, sagte der OSZE-Ermittler Henning Hensch. ›Die Leichen haben da zwar gelegen, aber sie sind dort hingebacht worden von den serbischen Sicherheitsbehörden, nachdem die eigentliche Tatortaufnahme [...] abgeschlossen war. [...] Zuerst liegen die Leichen verteilt im Ort, wie nach einem Gefecht. Keine Zivilisten, sondern UČK-Kämpfer [...], dann werden die Leichen zusammengetragen und fotografiert. Und genau dieses Foto hält Minister Scharping für den Beweis eines Massakers«. ²³

Um so gravierender wird die Reichweite der Inszenierung, wenn derart konstruierte Massaker in der Folgezeit mit Auschwitz gleichgesetzt wurden.

Drittes Element der Inszenierung wurde die Bereitschaft einflussreicher Intellektueller und Schriftsteller, sich vor den Karren der Kriegsinszenierung spannen zu lassen und durch wiederholte Konstruktionen menschenrechtlich begründeter ›Notfälle‹ ein publizistisch-kulturelles Übergewicht für die Kriegsbejahung herbeizuführen, dem niemand mehr entgegenzutreten wagte. Unter diesem Druck ließen sich selbst integre und sonst einer Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln gegenüber skeptische Persönlichkeiten wie Erhard Eppler und Günter Grass für den Krieg gegen die »Barbarei« und den neuen, besonders trickreichen Faschismus gewinnen und auf die Seite der »Zivilisation« und der vermeintlichen Wahrheit hinüberziehen. Der Spielraum für eine differenzierte und kritische Reaktion auf diese konkrete Situation vor und nach dem Kriegsbeginn war kaum mehr vorhanden.

Viertes Element der Inszenierung war die schwache Position und die Unfähigkeit Russlands und Chinas, das Rambouillet-Diktat der NATO durch eine transparentere Informationspolitik der westlichen Öffentlichkeit zu vermitteln und deren durch Falschinformation und Täuschung herbeigeführte Zustimmung zum NATO-Krieg zu erschüttern und die NATO-Behauptung, Russland und China wollten eine diplomatische Lösung der Kosovo-Frage mit ihrem Veto im Sicherheitsrat torpedieren, glaubhaft zu widerlegen. Beide Staaten waren, den eigenen großmachtpolitischen Ambitionen folgend, auch weit davon entfernt, die NATO-Kriegsstrategie mit eigenen konfliktregulierenden diplomatischen Alternativen zu durchkreuzen.

Ein Jahr nach dem NATO-Kriegsbeginn trauen sich die Verantwortlichen kaum, ihre Entscheidung dafür offen zu verteidigen. Sie scheuen sich merklich, den Krieg und dessen Folgen zu bilanzieren. Umgekehrt nehmen Stim-

men zu, die die Kriegsentscheidung offen kritisieren. Der bereits zitierte Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa, General Wesley Clark, bekundete vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senats, die NATO hätte mit nichtmilitärischen Mitteln wie einer Blockade der Donau und der Adria Häfen und weiteren derartigen Maßnahmen Milošević und die ihm nahestehenden politischen Parteien wirksamer isolieren können, und dass so »militärische Mittel vielleicht nie zum Einsatz gekommen wären.«²⁴

Führende deutsche Friedensforschungsinstitute nannten den NATO-Krieg gegen Jugoslawien einen Fehlschlag.²⁵ August Pradetto, Politikwissenschaftler an der Bundeswehr-Hochschule in Hamburg, schätzt den NATO-Krieg gegen die BRJ durchaus nicht als einen Fehler ein, sondern als »Resultat der Koinzidenz von ›Sachzwängen‹ (Flüchtlingsströme eindämmen), außenpolitischer Normsetzung (Menschenrechte durchsetzen) und machtpolitisch-militärischer Hegemonie im gesamten europäischen Vorfeld der ehemaligen Sowjetunion«.²⁶ Die supermacht-politischen und geostrategischen Dimensionen des NATO-Krieges sollen weiter unten untersucht werden.²⁷

Es ist der NATO und vor allem ihrer anglo-amerikanischen Führung offensichtlich gelungen, die durch Milošević verursachte Gewalteskalation im Kosovo sowie die Schwäche von Russland und China zu nutzen, um das *Feindbild Serbien* werbewirksam zu mobilisieren. Dank bereitwilliger intellektueller Argumentationshilfen wurde der angeblich nur mit Krieg zu beendende ›mensenrechtliche Notfall‹ geschickt inszeniert, um den hegemonial-strategischen Zielen – Ausbau des Balkans als militärischer Brückenkopf zu den ölreichen Regionen des Kaspischen Meeres und des Persischen Golfes sowie Arrondierung der Euro-Zone – einen Schritt näher zu kommen. Auch dem Interesse ihres Militärisch-Industriellen Komplexes an Rüstungsexporten sollte durch eine Neuauflage des Wettrüstens Rechnung getragen werden. Allen Behauptungen der NATO und der rot-grünen Bundesregierung zum Trotz waren aber keineswegs alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung des Konflikts ausgeschöpft.

c. *Lehren für eine pazifistische Politik* – Und die Pazifisten? Haben sie auf die konkrete Situation vor und während des Krieges richtig reagiert, haben sie alles getan, um den Schulterchluss zwischen den Intellektuellen und Schriftstellern mit den NATO-Geostrategen zu verhindern, und die Verunsicherung vieler, die trotz ihrer pazifistischen Grundhaltung glaubten, aus »verantwortungsethischen« Gründen den NATO-Krieg hinnehmen zu müssen, zur Kenntnis genommen und sich bemüht, politisch rechtzeitig und angemessen darauf zu reagieren? Haben die Pazifisten versagt?

Die aufklärerische Funktion pazifistischer Argumentationen, die den NATO-Krieg mit Blick auf die zu erwartende und leider bewahrheitete Verschlimmerung der menschenrechtlichen Situation grundsätzlich ablehnten, war wichtig. Sie reichte jedoch nicht aus, um der Inszenierung des menschen-

rechtlichen Notfalls die legitimierenden Wirkungen zu entziehen. Für besonders verhängnisvoll halte ich die hartnäckige Weigerung, sich auf die Debatte um den menschenrechtlich begründeten Notfall einzulassen, zumal rückblickend sich die Auseinandersetzung mit dieser historisch bedeutsamen Frage in der konkreten Vorkriegssituation als Schlüssel für eine Antikriegskampagne herausstellte. In einer Situation, in der die Inszenierung des menschenrechtlichen Notfalls gelungen ist, gehen gut gemeinte und begründete Prognosen über die Schaffung neuen und größeren Unrechts durch den Krieg ins Leere.

Weder Vernunft noch Moral, gute Argumente oder auch historische Erfahrungen bestimmen in derartigen Situationen das politische Geschehen, sondern nur noch dumpfe Gefühle und Emotionen. Im Kosovo wurde nicht zum ersten Mal die Kriegslegitimation durch eine Inszenierung herbeigeführt, und dies wird nicht das letzte Mal gewesen sein. Im postkolonialen Zeitalter der Globalisierung werden hegemonialpolitische und geostrategische Interessen mit subtileren Rechtfertigungsmustern durchgesetzt werden. ›Humanitäre Intervention‹, eine Neuauflage des ›gerechten Krieges‹, scheint sich als ein besonders wirksames, gesellschaftliche Kräfte mobilisierendes Kriegsrechtfertigungsinstrument herauszustellen, dessen sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch in der Zukunft die USA, die NATO, Russland und andere Staaten bedienen werden, um ihre nationalen Interessen durchzusetzen.

Grund genug für die Pazifisten, um sich mit dem behaupteten oder vermeintlich eingetretenen menschenrechtlichen Notfall offensiv auseinander zu setzen. Dies impliziert, diesen Notfall als grundsätzliche Möglichkeit, die ausnahmsweise auch mit Gewalteintritt beendet werden muss, einerseits nicht auszuschließen, sondern in Betracht zu ziehen, und ihn andererseits, wo und von wem er auch immer aus Gründen eigener politischer Interessen inszeniert wird, ganz konkret und mit aller verfügbaren Möglichkeiten zu entlarven. Ein Unterlassen dieses Schritts spaltet die Pazifisten unweigerlich in ›Gesinnungs‹- und ›Verantwortungs‹-Pazifisten und ebnet so erst recht den Weg für eine breite Legitimation von interessengeleiteten Kriegen. Die eine Gruppe von Pazifisten wird dann als weltfremde und gewissenlose Utopisten an den Rand gedrängt, da sie angeblich nur aus ideologischen Gründen das Prinzip von Gewaltfreiheit hochhalten, und die ›verantwortlich‹ handelnden Pazifisten lassen sich leicht in das Kriegsbefürworter-Bündnis integrieren, weil sie meinen, so ihrer eigenen Verunsicherung am besten gerecht zu werden.

»Während prinzipieller Pazifismus die Selbstverpflichtung auf die Gewaltfreiheit der Mittel zum obersten Maßstab erhebt, orientiert sich Verantwortungspazifismus vor allem an der Frage, wie Gewaltfreiheit im Zusammenleben der Menschen erreicht und gesichert werden kann. Er stellt sich deshalb die Frage, wie in Situationen manifester Gewaltausübung dieser

Gewalt ein Ende gesetzt werden kann. Dadurch tritt die Frage nach dem Einsatz militärischer Mittel als äußerster Notmaßnahme in den Blick«,

so der brandenburgische Bischof *Wolfgang Huber*.²⁸ Die hier unverkennbar begründete Bereitschaft, Krieg im Notfall zu legitimieren, rührt durchaus nicht immer aus Opportunismus und ›mangelndem Durchblick‹, sondern auch daher, dass überzeugende Alternativen zur Überwindung eigener situativer Verunsicherung fehlen.²⁹ Dennoch müssen sich die »Verantwortungspazifisten« fragen lassen, ob sie verantwortlich handeln, wenn sie den Behauptungen interessierter Großmächte über den vermeintlich menschenrechtlichen Notfall ungeprüft folgen müssen, und ob sie nicht zu willfährigen Ideologen werden, wenn sie den Kriegstreibern die Aura ›humanitärer Helfer‹ verleihen. Wirklich verantwortlich handelnde Pazifisten, die ich als politische Pazifisten bezeichne, müssen neben ihrer prinzipiellen Überzeugung, dass Krieg Menschenrechtsverletzungen nicht beendet, sondern selbst verursacht bzw. neue hinzufügt, angesichts von Holocaust und Ruanda dazu bereit sein, einer Diskussion über den Gewalteinsatz im wirklich äußersten Notfall nicht aus dem Weg zu gehen, und ihre Bereitschaft signalisieren, (a) ihn – wenn er wirklich eingetreten ist – auch hinzunehmen, (b) auf eine äußerst restriktive Definition des Notfalls hinzuwirken und (c) kompromisslos darauf zu bestehen, dass der menschenrechtliche Notfall nach Maßgabe klarer Kriterien und auf der Grundlage überprüfbarer Fakten ausschließlich durch völkerrechtlich einwandfreie Instanzen festgestellt und ebenso ausschließlich durch eine von der UNO organisierte bzw. legitimierte Truppe beendet wird.

Die propagandistische Behauptung der Kriegsbefürworter: die Pazifisten schauten weg und retuschierten die Realität des Völkermords, um ihr eigenes Weltbild um jeden Preis zu bewahren, muss durch eine konstruktive Gegenstrategie wirkungslos gemacht werden, die Inszenierung eines ›menschenrechtlich bedingten Notfalls‹ muss durchkreuzt werden. Nicht die Pazifisten müssen beweisen, dass sie verantwortlich handeln, sondern umgekehrt müssten die Verfechter der ›humanitären Intervention‹ den Nachweis erbringen, dass der menschenrechtliche Notfall tatsächlich vorliegt. Absehbar ist, dass neben eigenen Handlungsmöglichkeiten der Friedensbewegung auch institutionelle Voraussetzungen unverzichtbar sind,³⁰ um zum einen künftigen Inszenierungen des menschenrechtlichen Notfalls rechtzeitig zu begegnen und zum andern – sollte sich eine militärische Intervention der UNO als notwendig erweisen – diese zivilgesellschaftlich zu kontrollieren.

III. Die NATO braucht Milošević, und dieser braucht die NATO — Der Kosovo-Konflikt begann nicht erst 1998, er hat eine Vorgeschichte. Milošević's durchschaubare Strategie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des *Tito*-Regimes war und ist, das eigene, aus Parteikadern, Militärs,

paramilitärischen Zirkeln und Führungskräften in der Wirtschaft und Verwaltung bestehende Klientel-System hinüberzuretten. Der Kommunismus als längst diskreditierte Parteiideologie wurde durch den serbischen Nationalismus ersetzt, der schon unter Tito unter der Oberfläche weiter brodelte. Das Startsignal für eine neue und blutige Ära von nationalistisch geprägten Bürgerkriegen auf dem Balkan gab Milošević 1989 zum 600. Jahrestag der serbischen Niederlage auf dem Amselfeld. Ohne es zu ahnen, stellte er damit die Weichen für den Zusammenbruch des jugoslawischen Territorialstaates. Westeuropäische Staaten beschleunigten durch voreilige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens den Zerfall und öffneten der Eigendynamik des immer aggressiver werdenden serbischen Nationalismus Tür und Tor. Wachsende Armut und die Identitätskrise der Menschen gaben diesem Nationalismus zusätzliche Nahrung. Nach dem Verlust von Slowenien, Kroatien, Bosnien und begleitet vom zunehmenden Machtverlust in Montenegro versteifte sich das Milošević-System auf den Erhalt des mythisch überhöhten heiligen Landes Kosovo und richtete die ganze kriminelle Energie der nationalistisch-rassistischen Ideologie des Systems gegen die Kosovo-Albaner, um sich selbst für die Mehrheit der Serben unabkömmlich zu machen.

Friedensforscher, Menschenrechtsgruppen und nichtstaatliche humanitäre Organisationen sowie Journalisten haben nachdrücklich auf eine sich anbahnende neue Tragödie im Kosovo nach der Bosnien-Katastrophe hingewiesen und z.B. davor gewarnt, Kosovo aus dem *Dayton*-Abkommen auszuklammern. Die US-Regierung hatte einige Tage nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens jedoch nichts Besseres zu tun, als das Waffenembargo gegen alle Kriegsparteien in Jugoslawien aufzuheben. Unsere Regierungen und auch wir haben zugeschaut, wie Milošević alle gewaltfreien Bemühungen der Kosovo-Albaner für eine Autonomieregelung zunichte machte und dazu übergang, Schritt für Schritt eine subtile Politik der Vertreibung und der verbrannten Erde durchzusetzen. Die militärische Eskalation im Konflikt wurde dann durch die westliche Unterstützung der Kosovo-Befreiungsarmee *UČK* erst richtig in Gang gebracht. Der NATO ging es im Kosovo offensichtlich nicht um den Schutz der Kosovo-Albaner, sondern – offenbar von langer Hand geplant – darum, die vom US-Präsidenten *Bush* 1990 im zweiten Golfkrieg verkündete »Neue Weltordnung« unter US-amerikanischer Hegemonie weiterzuentwickeln. Der amerikanische Präsident *Clinton* meinte in seiner Rede vom 26. September 1994, die er ausgerechnet bei der UN-Vollversammlung in New York vortrug:

»Wenn unsere nationalen Sicherheitsinteressen bedroht sind, werden wir handeln – gemeinsam mit anderen, wenn wir können, aber allein, wenn wir müssen. Wir werden auf Diplomatie setzen, wenn wir können, aber auf Gewalt, wenn wir müssen.«

Wir handeln allein und machen von Gewalt Gebrauch, wenn wir müssen. Und allein das nationale Interesse bestimmt, wann und mit welchen Mitteln wir handeln.³¹ Ob ein Krieg geführt wird, sagte die US-Außenministerin Albright, hänge davon ab, »[...] wie strategisch wichtig die entsprechende Region ist. Die NATO versucht nicht, sich als eine neuartige globale Organisation überall einzumischen. Da muss man von Fall zu Fall entscheiden.«³²

Der ›Schurkenstaat‹ von *Saddam Hussein* spürte schon im zweiten Golfkrieg die Gewalt dieser neuen Weltordnung, damals noch mit UN-Mandat. In Bosnien führte die NATO die UNO und deren Beauftragten *Akashi* regelrecht vor, um sich selbst als neue internationale Ordnungsmacht – insbesondere in gewaltsamen Konflikten in Europa – ins Bild zu setzen. Im Dezember 1998 bombardierte die britisch-amerikanische Allianz ohne UN-Mandat und ohne nachvollziehbaren Grund erneut Bagdad. In Rambouillet schuf sich die NATO selbst den Vorwand, kurz vor den Feierlichkeiten ihres 50-jährigen Bestehens durch einen raschen militärischen Sieg gegen Milošević aller Welt zu verkünden, dass ab sofort nicht die UNO und das Völkerrecht, sondern das Faustrecht der NATO die Regeln der Weltpolitik definieren.

Erst wurde der Irak und dann Jugoslawien halb zerstört, unermesslich viele zivile Opfer wurden und werden dabei bewusst in Kauf genommen. Die ›Schurken-Regime‹ von Saddam Hussein und Milošević sitzen jedoch fester in ihren Sätteln denn je. Nach einem Krieg, der die zivilen Versorgungseinrichtungen Jugoslawiens so massiv zerstört hatte, wurde das Milošević-Regime für die Serben, wie vorauszusehen war, geradezu unentbehrlich. Wie übrigens auch das Regime von Saddam Hussein wird die jugoslawische Regierung, die als einzig intakter Apparat noch auf Jahre die Ernährung und Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen kann, sich so für längere Zeit unentbehrlich machen. Wurde nun in Jugoslawien der Fehler aus dem Irak wiederholt, oder ist der Erhalt von ›Schurkenregimen‹ sogar Bestandteil der neuen NATO-Strategie? Fakt ist, dass die anglo-amerikanische Allianz nur bei einer Fortdauer des irakischen Regimes ihre massive militärische Präsenz am Persischen Golf legitimieren, das Wettrüsten in der Region und eigene Rüstungsexporte dorthin aufrecht erhalten und Ölexporte zu Dumpingpreisen störungsfrei in Gang halten kann. Fakt ist auch, dass die Fortexistenz des Milošević-Systems für die dauerhafte Präsenz der NATO auf dem Balkan, in Albanien und in Mazedonien und für das militärische Vorrücken in Richtung Mittlerer Osten und Südflanke Russlands den Vorwand liefert. Hängt nicht auch die Existenz dieser ›Schurkenstaaten‹ von einer aggressiven NATO ab, die diese als Feindbild für die innere Stabilität ihrer Systeme so dringend benötigen? Gibt es also eine ›unheilige Allianz‹ zwischen der NATO und den ›Schurkenregimen‹, die die NATO im Namen der Menschenrechte zu beseitigen vorgibt? Viele Indizien sprechen für diese These. In dieser Allianz nehmen die ›Schurkenstaaten‹ und die NATO gleichermaßen die Zerstörung der

ökologischen und der ökonomischen Lebensgrundlagen, menschliches Leid, Vertreibung und Tötung von Hunderttausenden billigend in Kauf. Würde man dieser Analyse eine Plausibilität nicht absprechen, so befände sich damit die westliche Militärallianz moralisch auf derselben Stufe der Barbarei, wie die angeblich zu bekämpfenden ›Schurkenstaaten‹. Dass die Barbarei der westlichen Militärallianz demokratisch legitimiert ist, wirft einen dunklen Schatten auf die politischen Systeme, denen es offensichtlich keine gravierenden Schwierigkeiten bereitet, die Legitimation für diese Barbarei zu liefern.

Die neue NATO-Strategie, weitgehende Handlungsfreiheit durch militärische Intervention auch ohne UN-Mandat vorrangig für die USA und in zweiter Linie auch für andere Mitgliedsstaaten der Allianz zu erringen, ist so neu nicht. Sie soll alle möglichen Störungen einer auf ihre eigenen kurzfristigen Interessen zugeschnittenen wirtschaftlichen Globalisierung im Keime ersticken. Schon während des Kalten Krieges verfolgte die NATO dieses Ziel, indem der ›Störfaktor‹ Sowjetunion in die Enge getrieben wurde. Zu diesem Zweck sollte anfangs der achtziger Jahre das atomare Patt durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa (»NATO-Doppelbeschluss«) überwunden und mittels des Abenteuers einer atomaren Erstschlagsfähigkeit der NATO die Sowjetunion überall dort zur Zurückhaltung genötigt werden, wo ›nationale Interessen‹ der USA tangiert wären. In der im Frühjahr 1999 in Washington verabschiedeten NATO-Strategie ist trotz Einflussnahme europäischer Bündnispartner und trotz öffentlicher Kritik an der beabsichtigten Verwandlung der NATO von einem Verteidigungs- in ein offensives Interventionsbündnis unverkennbar festgelegt, wann sich die NATO legitimiert fühlt, militärisch zu intervenieren: »Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassenderer Natur berührt werden, einschließlich Akten des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen.«³³

Zu den geostrategische Interessen: Den klassischen Imperialismus gibt es im Zeitalter der Demokratie nicht mehr. Und er tritt nicht mehr mit direkter, nackter Gewalt in Erscheinung, um rohstoffreiche Territorien zu erobern oder geostrategische Stützpunkte aufzubauen. Zur Durchsetzung eigener ökonomischer Ziele setzt er vielmehr subtilere finanz- und handelspolitisch diskriminierende Instrumentarien (insbesondere im Rahmen von IWF und WTO) ein. Und zur Realisierung geostrategischer Interessen mobilisiert er Feindbilder, verschafft sich glaubwürdig erscheinende Vorwände und instrumentalisiert universelle Werte wie Menschenrecht und Minderheitenschutz, um Gewalteinsatz und selbst massive militärische Interventionen innenpolitisch zu legitimieren. Und in einer Welt der beschleunigten Globalisierung, des Zerfalls traditioneller Sozialstrukturen und territorialer Staatsverbände (Sowjetunion und Jugoslawien) gibt es hinreichend menschenrechtlich be-

gründete Anlässe, die partiell und je nach Bedarf zu imperialistischen Zwecken instrumentalisiert werden könnten. *Thomas Friedman*, Berater der US-Außenministerin Albright, hielt drei Tage vor dem NATO-Bombardement Jugoslawiens in der *New York Times* vom 23. März 1999 mit den Absichten der USA durchaus nicht hinterm Berg:

»Damit der Globalismus funktioniert, darf Amerika sich nicht scheuen, als die allmächtige Supermacht aufzutreten, die es ist. Die unsichtbare Hand des Marktes wird nie ohne eine unsichtbare Faust funktionieren. *McDonald's* kann nicht ohne den F-15 Konstrukteur *McDonnell Douglas* florieren. Und die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Welt für *Silicon Valley*-Technologien sicher ist, heißt Heer, Luftwaffe, Marine und Marineinfanterie der USA«.

Die für den Laien schwer durchschaubaren strategischen Ziele der alten und der neuen NATO außerhalb des Gebietes der Allianz sind erstens die Isolierung und Bändigung der noch militärischen Supermacht Russland, zweitens unmittelbar militärischer Zugriff zu den Öl- und Gasquellen am Persischen Golf und am Kaspischen Meer sowie zu strategischen Rohstoffen in allen Kontinenten, um die eigene ›störungsfreie Versorgung‹ zu niedrigen Preisen notfalls auch militärisch abzusichern. Die militärische Hauptlast der ›Verteidigung westlicher Lebensadern‹ in der Welt durch kostspielige Stationierungen und Militäreinsätze – schon längst am Persischen Golf, nun auch auf dem Balkan und irgendwann in der Kaspischen Region – tragen die USA und deren treuester europäischer Bündnispartner England, das nur auf der Seite der USA seine militärische Stärke in Europa in eine politisch stärkere Verhandlungsposition gegenüber den übrigen EU-Mitgliedstaaten ummünzen kann. Die britisch-amerikanische ›Verantwortung‹ hat für alle übrigen Mitgliedstaaten innerhalb der Allianz allerdings ihren Preis. Diese europäischen Mitglieder der Allianz sind und bleiben ihrer kurzfristigen Interessen wegen von der anglo-amerikanischen Allianz abhängig, ja sie sind durch jene Allianz militärisch erpressbar und können im internationalen Wettbewerb um Märkte und Ressourcen indirekt in die Schranken gewiesen werden, zumal durch die Einführung des Euro und eine ökonomisch stärkere und selbstbewusstere EU der Verteilungskampf in der Weltwirtschaft immer aggressivere Züge annimmt.³⁴ Der Krieg der anglo-amerikanischen Allianz gegen Saddam Hussein und ihre militärische Präsenz am Persischen Golf hatte, so gesehen, auch Adressaten innerhalb der Allianz, und der Krieg der anglo-amerikanisch dominierten NATO auf dem Balkan nimmt nicht nur Russland im Osten, sondern auch die Eurozone im Westen in die Zange. Der NATO-Krieg gegen die BRJ ist bei genauerer Betrachtung gleichzeitig auch ein Krieg der britisch-amerikanischen Allianz gegen Europa.

Um Russland zu isolieren, wurde nicht nur die Osterweiterung der NATO vorangetrieben, sondern Russland auch auf der internationalen Politikbühne mit der Taktik von Zuckerbrot und Peitsche politisch an den Rand gedrängt. Um Westeuropa trotz Fehlens einer realen Bedrohung durch Russland auf die neue NATO-Strategie einzustimmen, musste vor allen Dingen die Bundesrepublik Deutschland als wichtigste Wirtschaftsmacht Europas auch militärisch ›ins Boot‹ geholt werden. Die Kohl-Regierung führte die Bundesrepublik willfährig Schritt für Schritt, selbstverständlich stets als Ausnahme deklariert, zielgerichtet an die neue NATO heran: durch Beteiligung der Bundeswehr an ›humanitären Einsätzen‹ erst in Kambodscha, dann in Somalia, später durch indirekte Beteiligung der Luftwaffe in Bosnien. Die rot-grüne Bundesregierung, allen voran Außenminister Fischer, bekannte sich ohne Einschränkung zur außen- und bündnispolitischen Kontinuität der alten Bundesregierung.

Durch ihre Absolution des anglo-amerikanischen Völkerrechtsbruchs im Bombenkrieg gegen den Irak im Dezember 1998, indem Fischer für diesen Krieg »einzig und allein Saddam Hussein« die Verantwortung zuwies, zeigte die neue Bundesregierung gegenüber den USA, dass sie es mit der Kontinuität sehr ernst meint. Damit war der Weg für eine »vollständige militärische Verantwortung« Deutschlands bei künftigen NATO-Einsätzen auch ohne UN-Mandat frei. Unverzüglich war Deutschland in einen der zerstörerischsten und riskantesten Kriege des letzten Jahrzehnts auf dem Balkan verwickelt, wobei der unzweifelhafte Völkerrechtsbruch auch hier, wie bei allen vorausgegangenen Schritten, selbstverständlich nur die ›Ausnahme‹, nicht die Regel sein sollte. »Das Kosovo ist und bleibt ein Ausnahmefall. Niemand sollte denken, das sei die neue Regel der neuen NATO«, sagte Außenminister Fischer in einem Zeitungsinterview am 15. April 1999. So gesehen dürfte auch die Frage beantwortet sein, ob eine deutsche Mitwirkung am Rambouillet-Diktat ein Versehen oder die logische Folge einer offenbar uneingeschränkten Bündnishörigkeit war. Wäre es als Irrtum erkannt worden, so hätte die rot-grüne Koalition Gelegenheit gehabt, den Fehler durch Ausschöpfen aller ihrer Möglichkeiten innerhalb der Allianz zu korrigieren. Aber davon war nie die Rede, ganz im Gegenteil ließ Bundeskanzler Schröder keine Gelegenheit aus, die Einstellung der Bombardements von der Erfüllung der NATO-Bedingungen durch Milošević abhängig zu machen und die Bündnisraison zur Staatsraison zu erklären.

IV. Die Perspektive europäischer Friedenspolitik jenseits der amerikanisch-britischen Bevormundung — Warum tragen europäische Bündnismitglieder der NATO, warum trägt die Bundesregierung diese NATO-Strategie mit, wenn es wahr ist, dass die USA die NATO zur Disziplinierung der Europäischen Union instrumentalisieren wollen, den Europäern immer wieder ihre Abhängigkeit von der ›Supermacht‹ USA vor Augen führen und die Hand-

lungsfreiheit Europas gegenüber allen Weltregionen von ihrem eigenen Gutmünken abhängig machen wollen? Aus meiner Sicht waren schon in der Ära des Kalten Krieges neben sicherheitspolitischen Gesichtspunkten immer auch die kurzfristigen Interessen westeuropäischer Industriestaaten an »störungsfreier« und preisgünstiger Energie- und Rohstoffversorgung und ihre Angst, ohne amerikanische Kontrolle über die rohstoffreichen Regionen insbesondere am Persischen Golf stranguliert zu werden, ausschlaggebend für die Hinnahe der amerikanischen Bevormundung und der kostspieligen NATO-Strategie. Die Macht der USA über Europa beruht auf dieser Angst der Europäer. Deren Befürchtungen hinsichtlich der Energie- und Rohstoffversorgung ist unbegründet, die darauf beruhenden euro-amerikanischen Gemeinsamkeiten sind weitgehend konstruiert. So ist es für ein Europa, das die Denkblokkaden aus der Zeit des Kalten Krieges überwinden will, unerlässlich, sich außen- und friedenspolitisch von der konstruierten britisch-amerikanischen Zwangsjacke zu befreien und dabei die Chance für eine Neuorientierung der internationalen Beziehungen in der Weltgesellschaft zu nutzen.

Statt dessen beschränkte sich aber die rot-grüne Außenpolitik im Kern bisher darauf, erst dem Krieg der einen und dann dem Krieg der anderen Supermacht ihren Segen zu erteilen: so erst beim NATO-Krieg gegen die BRJ mit dem Argument »nie wieder Auschwitz« und dann beim russischen Tschechenien-Krieg mit dem Argument »Russland darf auf keinen Fall isoliert werden«. ³⁵ Von dieser perspektivlosen Außenpolitik soll nunmehr durch eine ebenso perspektivlose sicherheitspolitische Ergänzung für Europa abgelenkt werden. Sie läuft darauf hinaus, »Europa in der Sicherheitspolitik zum gleichberechtigten Partner Amerikas zu machen« (Scharping), d.h. Europa militärisch in allen Sektoren aufzurüsten und eine eigene Interventionsarmee aufzubauen. Diese scheinbare Alternative für eine selbständige europäische Außenpolitik, nämlich die Fortentwicklung der *West-Europäischen Union* (WEU), entpuppt sich bei näherem Hinsehen jedoch als ein weiterer Schritt zur Festigung geostrategisch-hegemonialer Interessen der USA und der Position jener Europäer, die mit der rückwärtsgewandten Vorstellung behaftet sind, Europas Wohlstand militärisch schützen zu müssen.

Erstens wird durch die WEU die Umorientierung Europas von den kooperativen Ansätzen z.B. der OSZE auf eine nichtkooperative, einseitige und das Ost-West-Wettrüsten begünstigende Sicherheitspolitik durch die Schaffung kostspieliger Strukturen (eigene Weltraumaufklärung, Interventionsarmee etc.) auf absehbare Zeit gefestigt. Der Krieg gegen die BRJ, der den Europäern erneut ihre militärische Schwäche vorgeführt und bei ihnen einen militärischen Minderwertigkeitskomplex hervorgerufen hat, erhält insofern einen zusätzlichen Sinn, als er einer Abkehr von OSZE beträchtliche Impulse erteilt hat.

Zweitens forciert Europa mit der WEU ein neues inner-atlantisches Wett-rüsten und tappt damit in die rüstungspolitische Falle der USA, die zusammen mit England ökonomischer Hauptgewinner eines jeden neuen Rüstungswett-laufs sein dürften. Um den eigenen militärischen Vorsprung auch gegenüber Europa beizubehalten, kann so die US-Regierung ihre neuen Rüstungspro-gramme weiterhin rechtfertigen und gleichzeitig die sicherheitspolitische Eigenständigkeit Europas torpedieren. Der Rüstungswettlauf zwischen David und Goliath würde nie ein Ende finden, David bliebe für immer und ewig im Schlepptau von Goliaths Hegemonialinteressen.

Drittens würden auch in der EU den sozial-ökologischen Reformprojekten enorme ökonomische, technologische und soziale Ressourcen entzogen, in sicherheitspolitische Projekte umgeleitet und dort für lange Zeit gebunden. Statt einen längst fälligen sozialökologischen Transformationsprozess in Gang zu setzen, wird, ganz im Sinne der USA, in die Aufrechterhaltung von imperialistischen Strukturen investiert: die einseitige Nutzenmaximierung und Kosten-Externalisierung, die Globalisierung entsprechend den einseitigen Interessen reicher Industrieländer, die militärische Absicherung von sozialer Ungleichheit in der Welt, die ökologische Zerstörung des Planeten und die Fortsetzung der Politik des »Teile und Herrsche«. Das rot-grüne Reformpro-jekt hätte dann auch keine Legitimation mehr, die Grünen verlören bei Preis-gabe ihrer ökologischen, sozialen, friedens- und menschenrechtspolitischen Ziele auf dem Altar einer aggressiven Hegemonialpolitik ihre ursprüngliche Existenzberechtigung.

Viertens bleibt die EU als militärischer Zwerg sicherheitspolitisch trotz Aufrüstung von den USA als militärischem Riesen auch weiterhin abhängig. David hat nur die Chance, sich von Goliath unabhängig zu machen und eine eigenständige Außenpolitik zu verfolgen, wenn er Goliaths Seele und Logik des »Kampfes der Kulturen« sowie den nichtkooperativen Strukturen eine Absage erteilt und zu den kooperativen Ansätzen zurückfindet.

Eine eigenständige europäische Außenpolitik mit dem Ziel, den Schwer-punkt auf *Friedenspolitik* (anstatt auf Sicherheitspolitik) zu setzen, bestünde m.E. darin, dem Ausbau der OSZE die höchste Priorität einzuräumen, die Beziehungen mit allen außereuropäischen Staaten auf der Basis von gemein-samen ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen neu zu gestalten, der unheiligen britisch-amerikanischen Allianz mit den Saddam Husseins und Milošević den Boden zu entziehen und in allen konflikträchtigen Weltregio-nen wie dem Balkan, dem Nahen Osten, dem Persischen Golf, dem Mittleren Osten, dem Kaspischen Meer/Zentralasien etc. kooperative OSZE-ähnliche Strukturen anzustoßen und zu fördern. Erster Schritt dazu müßte die kritische Aufarbeitung des NATO-Kriegs gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sein, der der Idee von kooperativen Strukturen großen Schaden zugefügt hat.

- 1 Vgl. die tageszeitung vom 24. März 2000.
- 2 Vgl. ebd.
- 3 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 12. Juni 1999.
- 4 So der ehemalige ARD-Korrespondent Friedhelm Brebeck bei einer Diskussionsveranstaltung am 9. März 2000 in Osnabrück.
- 5 Außenminister Fischer relativierte seine ohnehin nichtssagende »nachdrückliche Kritik« am russischen Krieg gleich mit seinem Verständnis für »gute Argumente« der russischen Seite, die »sehr ernst« zu nehmen seien; vgl. Frankfurter Rundschau vom 22. Januar 2000.
- 6 Informellen Quellen zufolge hat das US-Verteidigungsministerium nach Kriegsende begonnen, in der Nähe der Stadt Urosevac auf einem mehrere hundert Hektar großen Gelände einen Militärflughafen zu errichten. Diese Information bestätigte ein UNMIG-Mitarbeiter gegenüber einer Delegation der Osnabrücker Friedensinitiative bei deren Besuchsreise in das Kosovo vom 9. bis-16. Mai 2000 zwecks einer städtepartnerschaftlichen Unterstützung der Kommunen Vushtri und Kosovo Polje.
- 7 Folgende Literaturquellen enthalten unterschiedliche Stellungnahmen und Bilanzierungen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien: Ulrich Beck: Über den postnationalen Krieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 8/1999 – Noam Chomsky: Ein Jahr danach. Hintergründe eines humanitären Unternehmens. In: Le Monde Diplomatique, März 2000 – Hermann L. Gremliza: Mein Kriegstagebuch. In: Konkret, Heft 12/1999 – Jürgen Habermas: Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral. In: Die Zeit vom 29. April 1999 – Wolfgang Huber: Konfliktregelung ohne militärische Gewalt - Perspektive für zivile Friedensdienste? In: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft, 7/2000 – Heinz Loquai: Der Kosovo-Konflikt. Wege in einen vermeidbaren Krieg. Baden-Baden 2000 – Mohssen Massarrat: Die unheilige Allianz mit dem irakischen Diktator. In: Wissenschaft und Frieden, 1/1999 – Ders.: Zivile Friedensräte für die Friedensbewegung. In: Wissenschaft und Frieden, 2/1999 – Richard Meng: Von wegen Profil - Fragen wohin man schaut. Joschka Fischers Außenpolitik zwischen rot-grüner Moral und Interessen, über die im Inland niemand offen redet. In: Frankfurter Rundschau vom 20./21. April 2000 – Reinhard Mutz / Bruno Schoch / Ulrich Ratsch: Friedensgutachten 1999, Münster 2000. Darin u.a. Reinhard Mutz: Die neue NATO-Strategie – Wolf-Dieter Narr / Roland Roth / Klaus Vack: Wider kriegerische Menschenrechte. Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift. Beispiel: Kosovo 1999 – NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Köln 1999 – Pradetto, August: Moral, Interessen und Machtkalkül in der Außenpolitik. In: Frankfurter Rundschau vom 24. März 2000 – Rudolf Scharping: Fähig zum Handeln. Wie Europa in der Sicherheitspolitik zum gleichberechtigten Partner Amerikas werden kann. In: Die Zeit vom 30. März 2000 – Dieter Senghaas: Recht auf Nothilfe. Wenn Intervention nicht nur erlaubt, sondern regelrecht geboten ist. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Juli 1999 – L. Thomas Timothy: Der zerstörte Panzer, der kein Panzer war. Kosovo und der herrschende Mythos der Informationsüberlegenheit. In: Frankfurter Rundschau vom 31. März 2000 – Ludger Volmer: Krieg in Jugoslawien. Hintergründe einer grünen Entscheidung (Stellungnahme vom 26. März 1999) – Paul Welfens: Der Euro in den Zeiten des Krieges. In: die tageszeitung, 8./9. Mai 1999 – Andreas Zumach: »80 Prozent unserer Vorstellungen werden durchgepeitscht«. Die letzte Chance von Rambouillet und die Geheimdiplomatie um den »Annex B«. In: Thomas Schmid (Hg.): Krieg im Kosovo. Reinbek 1999 – Andreas Zumach: Rambouillet, ein Jahr danach. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/2000.
- 8 Leider umschiffen Wolf-Dieter Narr, Roland Roth und Klaus Vack in ihrer sehr engagierten »pazifistisch-menschenrechtlichen Streitschrift« (Anm. 7) weitgehend die hier thematisierte Kernfrage.
- 9 Die intellektuelle Parteinahme für den Krieg kritisieren eingehend Narr u.a. (Anm. 7), S. 76 ff.
- 10 Senghaas (Anm. 7) bezieht sich nur indirekt auf den NATO-Krieg gegen die BRJ. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung (Juli 1999) und die strikte Vermeidung jeglichen Zweifels an der behaupteten moralisch-menschenrechtlichen Motivation der NATO lässt nur die Möglichkeit zu, dass Senghaas mit seiner vermeintlich abstrakten »Fallanalyse« in voller Übereinstimmung mit der Kriegssprache der NATO diesen ganz und gar konkreten Krieg für völkerrechtlich geboten hält.
- 11 Vgl. dazu Zumach (Anm. 7) und besonders Noam Chomsky: New Military Humanism, 1999, der auch in Le Monde Diplomatique (Anm. 7) detailliert und präzise die einzelnen Schritte kurz vor dem Abschluss des Rambouillet-Abkommens nachzeichnet.
- 12 Vgl. dazu Chomsky (Anm. 7) und besonders die tageszeitung vom 6. April 1999 sowie den folgenden Tagen.
- 13 Zitiert nach Chomsky (Anm. 7); vgl. auch New York Times vom 27. März 1999; Sunday Times (London) vom 28. März 1999; Newsweek vom 12. April 1999 und die BBC-Sendung »Panorama-War-Room« vom 19. April 1999.
- 14 Am Ende der dritten Kriegswoche präsentierte die Hardthöhe einen angeblich im Dezember 1998 von der serbischen Militärführung verabschiedeten Operationsplan mit dem Titel »Hufeisen«, der bewei-

sen sollte, dass die nach der NATO-Bombardierung Jugoslawiens einsetzende systematische Vertreibung von Kosovo-Albanern von langer Hand vorbereitet war. Schon im Mai 1999 wurden Zweifel an der Echtheit des ›Hufeisenplans‹ laut, da dabei weder Details noch die Quellen dieses Dokuments präsentiert wurden (vgl. Karl Grobe: Das ›Hufeisen‹ lässt Fragen offen. In: Frankfurter Rundschau, 19. Mai 1999), Informationen, die bis heute der Öffentlichkeit vorenthalten wurden; vgl. dazu die Darlegungen des deutschen Brigade-Generals a.D. und OSZE-Beraters Heinz Loquai in seinem jüngsten Buch (Anm. 7). Noch offener äußerte er sich zu diesem Komplex in dem am 18. Mai 2000 ausgetrahten ARD-Magazin ›Panorama‹: »Man hat mir im Verteidigungsministerium bei einem ausführlichen Gespräch über den Hufeisenplan gesagt, es lag kein Plan vor, sondern was vorlag, war eine Beschreibung der Operationen der serbischen Polizei und des serbischen Militärs in einem Bürgerkrieg.« Auf die Interview-Frage, wo die Grafik des ›Hufeisenplans‹ entstanden sei, antwortete Loquai: »Diese Grafiken sind entstanden im deutschen Verteidigungsministerium, das hat man mir jedenfalls gesagt.« Der ›Hufeisenplan‹ wurde, so der Interviewer, also »nicht in Belgrad, sondern in Bonn geschrieben«.

15 Vgl. dazu Zumach (Anm. 7), S. 273 f.

16 ›act ord‹ – die Abkürzung für »activation order« – ist die von den USA durchgesetzte Drohpolitik, im Falle der Fortsetzung serbischer Gräueltaten mit der Bombardierung (›Luftschläge‹) Serbiens zu beginnen. Dieser Drohpolitik stimmte der Deutsche Bundestag am 16. Oktober 1998 zu.

17 Vgl. Volmer (Anm. 7).

18 Vgl. ebd.

19 Vgl. Horst Eberhard Richter in einem Rundbrief vom 11. Februar 2000 an die Mitglieder der deutschen IPPNW-Sektion.

20 Scharping erklärte am 26. März 1999 zu Kriegsbeginn: »Im Kosovo findet ein ethnisch begründeter Völkermord statt«. Am 28. März ergänzte er: »Im Norden von Priština wird ein Konzentrationslager eingerichtet. Lehrer werden zusammengetrieben und vor den Augen ihrer Schüler erschossen«; vgl. dazu H. L. Gremliza (Anm. 7). Scharping fuhr in den darauffolgenden Tagen mit neuen Enthüllungen zur Untermauerung seiner Völkermordthese fort, um erst am 9. April 1999 dank wachsender öffentlicher Kritik die Informationspolitik der NATO zu kritisieren und damit den Wahrheitsgehalt seiner eigenen Behauptungen in Zweifel zu ziehen.

21 Jüdische Überlebende des Holocaust verurteilten am 11. April 1999 in einer ganzseitigen Anzeige in der Frankfurter Rundschau »den Mißbrauch, den Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem [...] Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben [...]«. An Fischer und Scharping gerichtet schreiben sie: »Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechen.«

22 Der spanische Inspekteur des im Auftrag des internationalen Kriegsverbrechertribunals der UN für Ex-Jugoslawien eingesetzten Pathologen-Teams, Juan Lopez Palafox, berichtete der spanischen Tageszeitung ›El País‹ nach Abschluss der Untersuchung: »Wir sind mit Material zur Autopsie von 2000 Personen aufgebrochen [...], gefunden haben wir 187 Tote«; vgl. die Tageszeitung vom 3. Dezember 1999. Die Experten bezweifeln keineswegs, »dass im Kosovo grauenhafte Menschenrechtsverletzungen, ethnische Verfolgungen und Erschießungen stattgefunden haben«. Nur unzweifelhafte Belege für einen Völkermord hätten sie nicht gefunden. »In Ruanda haben wir«, berichten sie, »einmal 450 Leichen von Frauen und Kindern an einer Stelle gefunden – alle mit eingeschlagenen Schädeln. Hier wurden sicher auch Verbrechen begangen, aber die hingen mit dem Krieg zusammen«. Die Experten gehen »hochgerechnet von den Funden von insgesamt 2.500 Toten im Kosovo aus, Albaner, Serben und Opfer der NATO-Bomben« (vgl. ebd).

23 ARD-Politmagazin ›Panorama‹ am 18. Mai 2000.

24 Vgl. Timothy (Anm. 7).

25 Vgl. Mutz / Schoch / Ratsch (Anm. 7).

26 Vgl. Pradetto (Anm. 7).

27 Vgl. dazu Mutz (Anm. 7).

28 Vgl. Huber (Anm. 7).

29 In diesem Kontext ist es vertane Zeit und Energie und lediglich akademisch von Bedeutung, die »Verantwortungspazifisten« über die Genese der Weberschen Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik zu belehren, wie dies im Beitrag von Narr / Roth / Vack (Anm. 7) geschieht.

30 Eingehendere Überlegungen dazu vgl. Massarrat 1999 (Anm. 7).

31 Vgl. dazu Mutz (Anm. 7).

32 Siehe Der Spiegel vom 26. Juli 1999.

33 Vgl. dazu: Das Bündnis im Wandel der Zeit. Auszüge aus dem neuen NATO-Konzept. In: Frankfurter Rundschau vom 8. Mai 1999.

- 34 Eine Prognose des Präsidenten des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Potsdam auf die Euro-Entwicklung als Folge des NATO-Krieges vom Mai 1999 hat sich inzwischen bewahrheitet: »Der Jugoslawien-Krieg wird weltweit zu einem neuen Rüstungswettlauf beitragen, wovon die führenden US-Hochtechnologieproduzenten besonders profitieren werden. Der Krieg ist also ein zusätzlicher Treibsatz für die US-Börse, während im Euro-Land die Perspektiven für Kursgewinne mit jeder Kriegswoche beeinträchtigt werden. Je länger Europa in der Wahrnehmung internationaler Anleger Kriegsgebiet ist, desto geringer die Aussichten auf weiter sinkende Zinsen. [...] Wenn der Euro im Jahresverlauf tatsächlich abstürzen sollte, wird der große Gewinner neben dem Dollar Großbritannien sein«; siehe Welfens (Anm. 7).
- 35 Zu Joschka Fischers Außenpolitik vgl. Meng (Anm. 7).